LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/14401**

07.03.2017

Antrag

der Fraktion der CDU

Landesregierung muss für eine ausreichende Personalausstattung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen sorgen

I. Der Landtag stellt fest:

Die Situation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen wird immer dramatischer. Fast 700 Schulleiterinnen und -leiter fehlen an den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen. Besonders betroffen sind Haupt- und Realschulen. Ihre Bedarfsdeckung bei den Schulleitungen ist im Vergleich zu den anderen Schulformen am geringsten.

Die Landesregierung ist in der Verantwortung, hier verstärkt Abhilfe zu schaffen, zumal sie immer wieder betont, wie wichtig die Schulleitungen für die Qualitätsentwicklung der Schulen sind. Die Erhöhung der Besoldung für die Leiter durch die Landesregierung war zwar richtig. Sie griff aber zu kurz, weil die Erhöhung der Besoldung für die stellvertretenden Leiterstellen dabei unter den Tisch fiel. Hier muss sofort gehandelt werden und die Erhöhung auch für die stellvertretenden Schulleiter nachgeholt werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Unterstützung der Schulleitungen durch Schulverwaltungsassistenten. Sie wirken bei der statistischen Aufarbeitung von Schuldaten, der Betreuung von Lehr- und Lernmitteln, der Öffentlichkeitsarbeit, der Erstellung der Stunden-, Vertretungs- und Aufsichtspläne mit und entlasten die Schulleitungen von bürokratischen Tätigkeiten, so dass sie sich verstärkt auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können. Dies trägt zur Attraktivität der Leitungsstellen bei.

Immer häufiger beklagen sich die Schulen über einen Lehrermangel. Besonders betroffen sind hier die Grundschulen. Aber auch an allen anderen Schulformen fehlen immer wieder Lehrkräfte, um freie Stellen besetzen zu können.

Auch hier muss die Landesregierung schnellstens tätig werden. Es ist dringend notwendig, jetzt entscheidende Weichen zur Verbesserung der Situation zu stellen. Das Abitur steht vor der Tür und tausende junge Menschen stehen vor der Entscheidung, einen bestimmten Berufsweg einzuschlagen. Die Landesregierung muss daher dringend eine öffentliche Kampagne zur Werbung für das Lehramtsstudium organisieren.

Datum des Originals: 07.03.2017/Ausgegeben: 07.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Jetzt besteht die Chance, das Lehramt attraktiver zu machen, so dass viele Jugendliche für das Lehramtsstudium gewonnen werden können. Es ist unzweifelhaft, das sich bei der Bezahlung der Lehrkräfte im Primarbereich und an den Haupt- und Realschulen etwas ändern muss. Nicht zuletzt spielt die Bezahlung bei der Attraktivität des Lehrerberufs eine entscheidende Rolle. Die gleiche Länge von Studium und anschließendem Referendariat macht eine solche Änderung notwendig. Hier gilt der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleicher Ausbildung. Gleichwohl ist die Haushaltslage wegen der rot-grünen Haushalts- und Verschuldungspolitik in Nordrhein-Westfalen mehr als angespannt. Es müssen daher in einem ersten Schritt Modelle entwickelt werden, die eine stufenweise Verbesserung der Besoldung für diejenigen Lehrkräfte vorsehen, die nicht schon A 13/EG 13 als Gehalt bekommen. In diesen Modellen muss auch das Ungleichgewicht der Besoldung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften behoben werden.

II. Vor diesem Hintergrund beschließt der Landtag:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- auch die Besoldung der stellvertretenden Schulleitungen zu erhöhen,
- im Schulbereich Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten zur Unterstützung der Schulleitungen flächendeckend einzusetzen,
- eine offensive Werbekampagne für das Lehramtsstudium zu organisieren,
- zur nächsten Plenarsitzung Eckpunkte vorzulegen, wie eine stufenweise Angleichung der Besoldung von allen Lehrkräften in allen Lehrämtern aufgrund der gleichen Ausbildungszeit erfolgen und wie das Ungleichgewicht bei der Besoldung von angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern beseitigt werden kann.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Klaus Kaiser
Petra Vogt

und Fraktion